

Tuesday, October 27, 2020 1:09:35 PM

Energie-Spezial



Energie - SPEZIAL

Ausgabe Nr 10/2020

Sehr geehrte Damen und Herren ,

Ich freue mich, das aktuelle Energie-Spezial des Verbands kommunaler Unternehmen Österreichs (VKÖ) zu präsentieren. Darin finden sich Kurznachrichten aus dem Bereich der Energiewirtschaft.

Gemeinsam mit meinem Team wünsche ich eine angenehme Lektüre!

Heidrun Maier-de Kruijff

[EU-Finanzhilfen in Höhe von fast 1 Milliarde Euro für neue Energieinfrastruktur](#)

Am 1. Oktober stimmten die EU-Mitgliedstaaten einem Vorschlag der Kommission zu, 998 Millionen Euro in die Umsetzung von Energieinfrastrukturprojekten im Rahmen der "Connecting Europe"-Fazilität (CEF) zu investieren. Der höchste Betrag (720 Millionen Euro) ist für das Projekt zur Synchronisierung der Stromnetze der baltischen Staaten vorgesehen, das auf eine bessere Integration der Strommärkte Estlands, Lettlands, Litauens und Polens abzielt. Weitere Projekte umfassen ein intelligentes Stromnetz, das Ungarn und die Slowakei verbindet (102 Millionen Euro), und zum ersten Mal finanzielle Unterstützung des CEF für belgische und niederländische Häfen, um an einem CO2-Transportprojekt zu arbeiten. Die Studie zum Thema "North Sea Wind Power Hub" (14 Millionen Euro) zielt auf die Förderung von Offshore-Windparks in der Nordsee ab.

[1. Fahrplan für die Überarbeitung der Ökodesign-Richtlinie](#)

Am 14. September veröffentlichte die EU-Kommission einen Fahrplan für den im vierten Quartal 2021 geplanten Entwurf zur Überarbeitung der Richtlinie über energiebezogene Produkte (Ökodesign-Richtlinie). Die Frist für Stellungnahmen zu einer Folgenabschätzung in der Anfangsphase ist der 2. November. Ziel dieser Initiative ist es, die in der EU auf den Markt gebrachten Produkte nachhaltiger zu gestalten. Langlebigere, leichter wiederverwendbare und reparierbare, besser recycelbare und energieeffizientere Produkte würden den VerbraucherInnen, der Umwelt und dem Klima zugute kommen. Die Initiative wird sich auch mit dem Vorhandensein schädlicher Chemikalien in Produkten wie Elektronik- und IKT-Geräten, Textilien, Möbeln, Stahl, Zement und Chemikalien befassen.

[Eingehende Prüfung über den belgischen Kapazitätsmechanismus](#)

Die Kommission hat eine eingehende Prüfung eingeleitet, um zu prüfen, ob der belgische Kapazitätsmechanismus zur Gewährleistung der Stromversorgungssicherheit mit den EU-Beihilfavorschriften vereinbar ist. Belgien hatte die Kommission über die geplante Einführung eines nationalen marktweiten

Kapazitätsmechanismus informiert, der Anreize für Anbieter von Energiekapazität (sowohl Erzeuger als auch Anbieter von Lastmanagementsystemen) schaffen soll, diese Kapazität dem Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) zur Verfügung zu stellen. Der Kapazitätsmechanismus würde die belgische strategische Reserve ersetzen, die von der Kommission 2018 gemäß den EU-Vorschriften für staatliche Beihilfen genehmigt wurde.

Leichtere Zusammenarbeit bei der Förderung erneuerbarer Energien

Am 17. September veröffentlichte die Kommission neue Regeln zur Erleichterung der grenzüberschreitenden Förderung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien. Ab Anfang 2021 wird ein neuer EU-Mechanismus es den Mitgliedstaaten erleichtern, bei der Finanzierung und Durchführung von Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien zusammenzuarbeiten - entweder als Gastgeber- oder als Beitragsland. Die EU-Länder werden dann in der Lage sein, freiwillige finanzielle Beiträge zu dem von der Kommission verwalteten Mechanismus zu leisten. Dieses Geld wird an die kosteneffizientesten Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien in der gesamten EU gehen. Die erzeugte Energie wird auf die Ziele aller teilnehmenden Länder im Bereich der erneuerbaren Energien angerechnet.

EU-Parlament fordert ganzheitliche Gebäude- und Renovierungspolitik

In seiner Entschließung vom 17. September zur Maximierung des Energieeffizienzpotenzials des Gebäudebestands der EU fordert das Europäische Parlament eine integrierte Gebäude- und Renovierungspolitik, die zu den Klimazielen der EU beiträgt. Integrierte Renovierungsprogramme (IRP) sollen lokale Wertschöpfungsketten, soziale Dienstleistungen und Erschwinglichkeit, intelligente, angemessene und nachhaltige Gebäude, Mobilität sowie ein gesundes Raumklima und Umweltqualität miteinander verbinden. Ebenso umfassen IRP technische, kommerzielle und energieeffiziente Gebädefunktionen, die die lokale Produktion und den Austausch von Energie aus erneuerbaren Quellen, Flexibilität auf der Nachfrageseite und die Nutzung von Wärme- und Kälteüberschüssen aus Industrieanlagen, Nahverkehrssystemen oder Wasserstraßen ermöglichen.

EP-Ausschuss für eine 60%ige Reduzierung der Emissionen bis 2030

Am 11. September nahm der Umweltausschuss des EU-Parlaments seinen Bericht über das EU-Klimaschutzgesetz mit 46 gegen 18 Stimmen bei 17 Enthaltungen an. Die Abgeordneten unterstützen das Ziel der Klimaneutralität für die EU und alle ihre Mitgliedsstaaten bis 2050, fordern aber ein ehrgeizigeres Zwischenziel für 2030, nämlich eine Reduzierung der Emissionen um 60% statt der von der Kommission vorgesehenen 50 bis 55%. Sie fordern die Kommission auch auf, ein Zwischenziel für 2040 festzulegen. Alle direkten und indirekten Subventionen für fossile Treibstoffe sollten bis spätestens 2025 abgebaut werden. Nach 2050 sollten die EU und alle Mitgliedsstaaten mehr Treibhausgase absorbieren, als sie emittieren. Das Plenum wird nun in der ersten Oktoberwoche darüber abstimmen. Danach können die Verhandlungen mit den Mitgliedsstaaten beginnen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Herzlichst,

Ihr [VKÖ](#)-Team!

Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs
Geschäftsführung: MMag. Heidrun Maier-de Kruijff

Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien

Telefon: +43-1-4082204

E-Mail: sekretariat@vkoe.at

Web: www.vkoe.at

Rückfragehinweis: konstantin.schoefmann@vkoe.at

[Unsubscribe](#)